Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 1
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 156. Abendblatt. Dienstag, den 2. April. 1867.

Deutschland.

Berlin, 1. April. Im Reichstage traten gestern vor der Eröffnung der Sitzung sehr viele Abgeordnete glückwünschend zu dem Grafen Bismarck und schüttelten ihm die Hand. — Die Fraktion der Frei-Konservativen Vereinigung sendete gestern am Vormittag eine Deputation aus ihrer Mitte an den Ministerpräsidenten, um demselben ihren Glückwunsch darzubringen.

— Eine Anzahl derjenigen Frauen und Jungfrauen in den verschiedenen Landestheilen, welche sich in dem vorjährigen Kriege verdient gemacht, den Louisen-Orden aber nicht erhalten haben, empfingen folgendes Schreiben der Königin: „Die großen Ereignisse des Jahres 1866 haben die Männer Preußens auf der Höhe ihres Berufs wiedergefunden, aber auch die Frauen und Jungfrauen des Landes, die sich pflichttreu und aufopferungsfähig bewährten. Diese lediglich im Geiste freudiger Hingebung geleisteten Dienste sind in ihrem ganzen Werthe von des Königs Majestät anerkannt und gewürdigt worden. Auch Ihr Name ist — gemäß der Bestimmung des Louisen-Ordens, nach Anhörung des Ordens-Kapitels — zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs gebracht, worauf Allerhöchstdieselben zu genehmigen geruhten, daß Ihnen durch dieses Schreiben eine dankbar anerkennende Belobigung für ihr verdienstliches Wirken zu Theil werde. Ich freue Mich daher, mit Bezug hierauf Meiner Gesinnung und der Dankbarkeit des Vaterlandes Ausdruck zu verleihen. Berlin, 22. März 1867.

(gez.) Augusta."

— Die Regierung hat sich jetzt, wie der „A. A. Ztg." aus Berlin geschrieben wird, für eine baldige Aufhebung der Spielbanken in Homburg, Wiesbaden, Nenndorf, Nauheim und Wildungen entschieden.

— Wir haben selten, schreibt die „B. B.-Z.", die Bevölkerung unserer Stadt in solcher Aufregung gesehen, wie am gestrigen Tage. Das Wort „Luxemburg" war auf Jedermanns Lippen, an allen Orten schallte Einem die Frage entgegen: Was hat Bismarck im Reichstage gesagt? — und wir konstatiren es mit Stolz, daß wir auch nicht bei einem einzigen der Fragenden ein anderes Interesse vorherrschend gefunden haben, als das, die Integrität deutschen Gebietes, die Ehre des Vaterlandes kräftig gewahrt zu sehen. Es wäre unnatürlich, kämen nicht auch schwere Sorgen vor der Eventualität eines Krieges mit dem mächtigen Frankreich zum Ausdruck; aber die Vergegenwärtigung der drohenden Gefahren und Verluste kann nicht den Muth und die Siegeszuversicht im deutschen Herzen entwurzeln, der Wunsch, die Greuel des Krieges vermieden zu sehen, weicht scheu zurück vor dem stärkeren Verlangen, welches in jedes seine eigene Würde hütenden Mannes Brust unsterblich wohnt: alles deutsche Land müsse gegen auswärtige Eingriffe geschützt und bewahrt werden. — Der Abgeordnete v. Bennigsen hat treffliche, warme Worte gesprochen, denen das Echo in allen deutschen Landen gesichert ist. Der Graf Bismarck beobachtete staatsmännische Zurückhaltung, indeß ist seine Rede verständlich genug und wird sicher in Frankreich verstanden werden. Sie giebt uns die Sicherheit, daß alle jene Gerüchte, welche von einer Zustimmung Preußens zu der Abtretung Luxemburgs an Frankreich sprachen, nicht bloß für die Vergangenheit des Grundes entbehren, sondern auch in der Zukunft sich nicht verwirklichen werden. — Wir glauben auch heute noch nicht, daß kriegerische Verwickelungen aus dieser Angelegenheit sich ergeben werden; wir sind überzeugt, daß auf friedlichem Wege das Verbleiben Luxemburgs bei Deutschland und sein engerer Anschluß an dasselbe sicher gestellt werden wird. Aber was uns auch kaum zweifelhaft erscheint, ist dies: daß Holland sein frevles Beginnen bitter zu büßen haben wird. In diesen Tagen, wo Alles darauf hindrängt, die kleinen Staatskörper von der Weltkarte verschwinden zu lassen, sei es, daß sie sich an größeren anschließen, oder in diesen aufgeben, ist es nicht klug Seitens eines kleinen Staates gehandelt, sich vorlaut in den Vordergrund zu drängen und die Aufmerksamkeit und — Thätigkeit der Exekutoren der Weltgeschichte für sich in Anspruch zu nehmen.

Berlin, 1. April. (Norddeutscher Reichstag.) 24. Sitzung. (Schluß.) Fortsetzung der Vorberathung der Verfassung, und zwar des Abschnitt VI., Zoll- und Handelswesen. Das Haus wird noch lange Zeit von großer Aufregung beherrscht. In Folge dessen bleibt der Abg. Erxleben, der beim Eintritt in die General-Diskussion zuerst das Wort ergreift, fast unverständlich. Er spricht sich dahin aus, daß diejenigen Staaten, welche noch nicht dem Zollverein angehören, nicht sofort in denselben eintreten könnten. — Abg. Michaelis: In diesem Augenblicke ist es schwer, über diese Frage zu sprechen, wo uns soeben eine große nationale Frage erregt hat. Unsere Zollverhältnisse haben sich von 12 zu 12 Jahren im Zustande der Stagnation befunden. (Es herrscht große Aufregung und Unaufmerksamkeit im Saale. Man sieht Abgeordnete der verschiedensten Parteien sich unterhalten. Die dadurch entstehende Unruhe macht diesen und die folgenden Redner schwer verständlich.) Wir schaffen hier die finanzielle Grundlage des norddeutschen Bundes. Wir müssen Maßregeln treffen, um ein ersprießliches Zusammengehen der Exekutive und der Reichsvertretung zu sichern. — Abg. Braun (Hersfeld) (wendet der Journalistentribüne den Rücken zu, und spricht trotz der großen Unruhe, so tonlos, daß seine Ausführungen unverständlich bleiben; ihr Inhalt ergiebt sich aus dem folgenden Redner.) — Abg. Dr. Schleiden: Hätte der Vorredner je Hamburg und Altona gesehen, dann würde er nicht von dem Einschlusse Altona's in den Zollverein sprechen, der den Wohlstand dieser Stadt vernichtet. Ich ersuche Sie, Art. 31 unverändert anzunehmen. — Ministerial-Direktor Delbrück. Den Zweifel des Hrn. Vorredners über Art. 37 des oldenburgischen Vertrages, worin kein Präzipium vorhanden ist, begegne ich dadurch, daß ich ihm sage, daß dieser Artikel nicht mehr gilt, die Einschließung der Elbherzogthümer und der Großherzogthümer Mecklenburg betreffend, so kann diese nur unter der Verständigung aller verbündeten Regierungen geschehen. — Die Generaldebatte wird geschlossen. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Braun (Hersfeld) wird die Spezial-Diskussion über Art. 30 eröffnet. Der Abg. Erxleben befürwortet seinen zu demselben gestellten Antrag: hinter dem Worte „inneren" einzuschalten „nicht gemeinschaftlichen."

Ministerial-Direktor Delbrück erklärt das Amendement für zu weit gehend, weil es durch dasselbe in Zukunft unzulässig sein würde, von Bier und Branntwein Kommunalabgaben zu entnehmen. Bei der Abstimmung wird das Amendement abgelehnt; Artikel 30 aber angenommen. — Es folgt Art. 31. Dazu liegt kein Abänderungsantrag vor. Es nimmt das Wort der Abg. Grumbrecht: Alle urtheilsfähige unparteiische Männer sind der Meinung, daß in Hamburg unbedingt die jetzigen Zustände beibehalten werden müssen, und daß es bei Artikel 31 so bleiben muß; dieser Artikel ist zur Zeit mindestens absolut nothwendig. — Abg. Wiggers (Berlin): Ich bin damit einverstanden, daß dieser Artikel möglichst bald abzuthun sei. Es stehen aber sehr wichtige Interessen darin, nicht blos für die Hansestädte, sondern für den gesammten Zollverein. — Ich glaube nicht, daß es das Interesse der Hansestädte nothwendig macht, daß sie ihre Freihafenstellung behalten. In Bremen und Hamburg ist die Bevölkerung getheilter Ansicht. In Lübeck ist die Majorität der Handelskammer für den Anschluß. Es sind die großen Kaufleute, welche den internationalen Zwischenhandel besorgen, die gegen den Anschluß sind. In den anderen Ländern sind die Freihäfen auch wieder abgeschafft worden. In Bremen und Hamburg sind die englischen Interessen auf Kosten der Deutschen begünstigt. Ich bin für Streichung von Artikel 31. Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Abg. Sloman: Ich spreche zwar als Abgeordneter für Hamburg, aber nicht für meine Kirchthurmsinteressen. Wenn Sie ohne vorgefaßte Ansichten urtheilen, so werden Sie für den Artikel 31 stimmen. Es kann einem großen Staate nicht darauf ankommen, ob er einige hunderttausend Konsumenten mehr oder weniger hat, diese Bestimmungen sollen dem Handel ein Asyl geben. Das Binnenland kann nur dabei gewinnen, wenn seine Häfen nicht blos auf dasselbe angewiesen sind; wir müssen nicht nur importiren, sondern auch exportiren, und deshalb haben die Hansestädte überall Etablissements angelegt, um dem Export Absatz zu schaffen. Wir Hansastädte haben nicht glorreiche Thaten aufzuweisen, aber in dem Kultur- und Handelsleben nehmen sie eine ehrenvolle Stellung ein, und diese darf ihnen der norddeutsche Bund nicht nehmen dürfen.

Abg. Evans: Ich möchte, da der Antrag Wiggers wenig Aussicht auf Annahme hat, mir erlauben, dem Artikel folgende Fassung zu geben: „Die Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg u. s. w. bleiben vorläufig Freihäfen, bis die Bundesgesetzgebung darüber beschließt." — Bundes-Kommissar für Bremen Dr. Krüger: Diese Anträge scheinen von dem Gedanken ausgegangen zu sein, als ob diese Stellung auf Kosten der nationalen Interessen der Hansestädte geschehen sollte; das ist aber eine unrichtige Ansicht. Ihre Stellung nach außen hin war eine ungünstige. Der zweite Grund liegt darin, daß diese freie Bewegung einen Handelsgeist schafft. Diesen beiden Elementen verdanken wir unsere Handelsberühmtheit. Die verbündeten Regierungen erkennen mit uns an, daß der Handel nicht blos Gewinn für den Einzelnen, für die Kultur und Industrie ist, sondern daß er auch eine Machtbedeutung hat. Will der norddeutsche Bund die Stellung der ersten Macht des Kontingents behaupten, so muß er die Bedingungen, unter denen sich der Handel entwickelt und entwickelt hat, begünstigen. Lassen Sie uns daher gemeinsam Hand auch an die große kommerzielle Zukunft Deutschlands legen. — Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird ausreichend unterstützt, die Diskussion wird fortgesetzt, weil das Büreau zweifelhaft bleibt. Abg. Meyer (Bremen): Die freie Entwickelung des Handels ist, was uns noth thut, durch sie wird die deutsche Industrie nicht leiden, sondern gehoben werden. Lassen Sie uns dieselbe und Sie werden sehen, daß wir in ihrem Dienste gute Dienste thun (Bravo!). Der Antrag auf Schluß wird jetzt angenommen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Evans abgelehnt, dagegen der Art. 31 des Entwurfs mit großer Majorität angenommen; ebenso die Art. 32, 33 und 34 ohne Diskussion. Zu Art. 35 liegen drei Amendements vor. Abg. Michaelis: Es scheint die Redaktion des Artikels auf die Umwandlung des Salzmonopols in eine Salzsteuer noch keine Rücksicht genommen zu haben. Ich empfehle daher mein Amendement. — Bundeskommissar Delbrück empfiehlt ebenfalls dieses Amendement. Abg. Jensen: Ich wollte nur den Grundsatz sanktioniren, daß die Steuerermäßigung keine Verwaltungsbefugniß ist. Ferner möchte ich für die 15 Prozent ein Uebergangsstadium eingerichtet sehen.

Bundes-Kommissar Delbrück: Diese Amendements sind nicht zu empfehlen. Das erste würde dafür zu sprechen scheinen, als sollte alles jetzt Bestehende von der Bundesgesetzgebung reduzirt werden. Der Ansatz für die Erhebung der Zölle beruht auf einer langjährigen Erfahrung und ergiebt, daß 15 Prozent die im allgemeinen richtige Berechnung machen. Dies zum Gegenstand der Bundesgesetzgebung machen zu wollen, ist unnöthig und überflüssig. — Abg Erxleben zieht Nr. 1 seines Antrages zurück. — Hierauf erfolgt Schluß der Diskussion. Alinea 1. des Artikel 35 wird mit großer Majorität angenommen, desgleichen das Amendement Michaelis. Abgelehnt werden das Amendement und der Zusatzantrag des Abg. Erxleben; sodann wird der ganze Artikel mit dem Amendement Michaelis angenommen. — Endlich werden Art. 36 und 37 ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Generaldebatte über Abschnitt VII. (Eisenbahnwesen) Art. 38—44. Derselbe lautet:

Art. 38. Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung des Bundesgebietes oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für nothwendig erachtet werden, können kraft eines Bundesgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, unbeschadet der Landeshoheitsrechte für Rechnung des Bundes angelegt oder an Privat-Unternehmer zur Ausführung konzessionirt werden. Jede bestehende Eisenbahn-Verwaltung ist verpflichtet, sich den Anschluß neuangelegter Eisenbahnen auf Kosten der Letzteren gefallen zu lassen. Art. 39. Die Bundesregierungen verpflichten sich, die im Bundesgebiete belegenen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und zu diesem Behuf auch die neuherzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen. Art. 40. Es sollen demnächst in thunlichster Beschleunigung gleiche Betriebseinrichtungen getroffen, insbesondere gleiche Bahnpolizei und Betriebsreglements für Personen- und Gütertransport eingeführt werden. Der Bund hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahn-Verwaltungen die Bahnen jederzeit in einem, die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfniß es erheischt. Art. 41. Die Eisenbahn-Verwaltungen sind verpflichtet, die nöthigen Personen- und Güterzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr unter Gestattung des Ueberganges der Transportmittel von einer Bahn auf die andere, gegen die übliche Vergütigung einzurichten. Art. 42. Dem Bunde steht die Kontrole der Tarife zu. Es wird dieselbe ausüben zu dem Zwecke, die Gleichmäßigkeit und möglichste Herabsetzung derselben zu erreichen, insbesondere für den Transport von Kohlen, Coaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen einen dem Bedürfnisse der Landwirthschaft und der Industrie entsprechenden ermäßigten Tarif für größere Entfernungen und schließlich den Ein-Pfennig-Tarif für Centner und Meile im ganzen Bundesgebiete einzuführen. Art. 43. Bei eintretenden Nothständen, insbesondere bei ungewöhnlicher Theuerung der Lebensmittel, sind die Eisenbahn-Verwaltungen verpflichtet, für den Transport, namentlich von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte und Kartoffeln zeitweise einen dem Bedürfniß entsprechenden, von dem Bundespräsidium auf Vorschlag des betreffenden Bundesraths-Ausschusses festzustellenden niedrigen Spezial-Tarif einzuführen. Art. 44. Den Anforderungen der Bundesbehörden in Betreff der Benutzung der Eisenbahnen zum Zweck der Vertheidigung des Bundesgebietes haben sämmtliche Eisenbahn-Verwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere ist das Militair und alles Kriegsmaterial zu gleichen ermäßigten Sätzen zu befördern.

Von den Abgg. Michaelis und Genossen sind dazu folgende Amendements gestellt: 1) Im Art. 38 am Schluß des ersten Alinea hinter „konzessionirt" einzuschalten: „und mit dem Expropriationsrechte ausgestattet". 2) Dem Art. 38 folgenden Zusatz hinzuzufügen: Die gesetzlichen Bestimmungen, welche bestehenden Eisenbahn-Unternehmungen ein Widerspruchsrecht gegen die Anlegung von Parallel- oder Konkurrenzbahnen einräumen, werden, unbeschadet bereits erworbener Rechte für das ganze Bundesgebiet, hierdurch aufgehoben. Ein solches Widerspruchsrecht kann auch in den künftig zu ertheilenden Konzessionen nicht weiter verleihen werden. 3) Statt des Art. 40 zu setzen: „Es sollen demgemäß in thunlichster Beschleunigung übereinstimmende Betriebs-Einrichtungen getroffen, insbesondere gleiche Bahn-Polizei-Reglements eingeführt werden. Der Bund hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahn-Verwaltungen die Bahnen jederzeit in einem, die die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zustände erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfniß es erheischt". 4) Statt des Art. 41 zu setzen: „Die Eisenbahn-Verwaltungen sind verpflichtet, die für den durchgehenden Verkehr und zur Herstellung ineinandergreifender Fahrpläne nöthigen Personenzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit, desgleichen die zur Bewältigung des Güterverkehrs nöthigen Güterzüge einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr, unter Gestattung des Uebergangs der Transportmittel von einer Bahn auf die andere gegen die übliche Vergütung einzurichten". 5) Statt des Art. 42 nachstehenden Artikel zuzustimmen: „Dem Bunde steht die Oberaufsicht über sämmtliche Eisenbahnen des Bundesgebiets, insbesondere die Kontrole über das Tarifwesen zu. Derselbe wird in Ausübung dieser Befugnisse namentlich dahin wirken: 1) daß baldigst auf den Eisenbahnen im Gebiete des Bundes übereinstimmende Betriebs-Reglements eingeführt werden, 2) daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt, insbesondere daß bei größeren Entfernungen für den Transport von Kohlen, Koaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen, ein dem Bedürfniß der Landwirthschaft und Industrie entsprechender ermäßigter Tarif, und zwar zunächst thunlichst der Ein-Pfennig-Tarif eingeführt werde." 6) Dem Artikel 43 am Schluß folgenden Zusatz hinzuzufügen: „welcher jedoch nicht unter den niedrigsten auf der betreffenden Bahn für Rohprodukte geltenden Satz herabgehen darf."

Einige von den Abgg. Erxleben und Francke gestellte Amendements werden zurückgezogen. — Abg. Michaelis motivirt die von ihm gestellten Amendements.

Es folgt die Spezialdiskussion.

Art. 38 mit dem Amendement Michaelis wird fast einstimmig angenommen; eben so Art. 40 und 41 wird gleichfalls das Amendement Michaelis angenommen.

Zu Art. 42 nimmt das Wort Reichstags-Kommissar Delbrück: Die Anträge Michaelis, welche Sie bisher angenommen haben, sind der Art, daß die preußische Regierung sie den verbündeten Regierungen zur Annahme empfehlen kann; nicht so ist es mit dem Amendement zu Art. 42. Indem der Antrag dem Bunde die Oberaufsicht über alle Bahnen gewähren will, geht er über das Maaß hinaus, welches von den verbündeten Regierungen bei den Befugnissen des Bundes eingehalten worden ist. Ich bitte Sie deshalb, dasselbe abzulehnen.

Abg. Miquel: Durch den Entwurf ist dem Bunde die „Kontrole der Tarife" eingeräumt, durch das Amendement Michaelis das „Oberaufsichtsrecht". Ich bin nun allerdings der Ansicht, daß die Regelung der Tarife nicht allein der Konkurrenz überlassen werden darf. Ich möchte deshalb gern eine Erklärung vom Herrn Regierungskommissar darüber haben, was die Regierung unter Kontrole, was unter Oberaufsichtsrecht versteht und wie es geltend gemacht werden soll. — Regierungskommissar Delbrück: Einer Interpretation des Wortes „Oberaufsichtsrecht" glaube ich mich enthalten zu dürfen, da dasselbe im Entwurfe nicht in Aussicht genommen ist. In Aussicht genommen ist nur die Kontrole der Tarife, und diese soll ausgeübt werden durch einen Ausschuß des Bundesraths. Dieser soll von den Tarifen Kenntniß nehmen, und wenn es ihm geeignet erscheint, die betheiligten Regierungen zu einer Einwirkung in den gesetzlichen Schranken auf die Eisenbahnen im Sinne des Art. 42 veranlassen. — Abg. v. Vincke (Hagen) stellt zum Amendement Michaelis das Sousamendement: die Worte: von „Oberaufsicht" bis „insbesondere" zu streichen, und ebenso die Worte „in Ausübung dieser Befugnisse" auszulassen." — Nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Dr. Harnier, Michaelis, v. Gerber und v. Vincke (Hagen) betheiligen, wird, nachdem sich Reichstags-Kommissar Delbrück mit dem Amendement Vincke einverstanden erklärt hat, das Amendement Michaelis mit dem Unteramendement Vincke angenommen. Es folgt Art. 44. — Abg. Evans: durch die bisherigen Beschlüsse sind Sie dem Publikum gerecht geworden; jetzt ist es auch Zeit, den Eisenbahn-Verwaltungen gerecht zu werden; ich beantrage deshalb, hinter dem Worte „Kriegsmaterial" einzuschalten: „bei Kriegsgefahr". — Abg. Reichenheim: Das Amendement Evans scheint hervorgerufen zu sein durch die Unklarheit der Ausdrücke des §. 44 „bei gleichen ermäßigten Sätzen." Ich möchte den Herrn Regierungskommissar fragen, was das heißen soll? — Bundes-Kommissar Delbrück: Mit diesen Worten soll gesagt sein, daß die Beförderung auf sämmtlichen Eisenbahnen zu gleichen Sätzen erfolgen soll. Das Amendement Evans wird darauf abgelehnt und Art. 44 unverändert angenommen. Abschnitt VI. ist damit erledigt. — Es folgen Wahlprüfungen. Der Referent der 5. Abtheilung, Abg. Persius berichtet über die Wahl des Abg. Brons (Emden); die Abtheilung beantragt, die Wahl des Abg. Brons zu beanstanden. — Nachdem sich die Abgg. Schöning, Dr. v. Wächter und v. Rabenau für, Abg. v. Vincke (Hagen) gegen den Antrag der Abtheilung erklärt haben, wird dieser abgelehnt und die Wahl für gültig erklärt. — Die Anträge der Referenten der 6. und 7. Abtheilung werden ohne Widerspruch genehmigt. — Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: General- und Spezialdebatte über die Abschnitte 8, 9 und 10 des Verfassungsentwurfs.

Magdeburg, 30. März. Der „M. C." enthält folgende Mittheilung: Gestern hatte unsere Stadt das Glück, J. K. H. die Frau Prinzessin Carl zu begrüßen. J. K. H. langte mit dem gegen 4 Uhr hier eintreffenden Zuge an und stattete sofort dem hiesigen Militär-Lazareth, in welchem sich noch 10 im letzten Kriege verwundete Soldaten (8 Preußen, 2 Oesterreicher) befinden, einen Besuch ab, unterhielt sich dort auf das huldvollste mit den Verwundeten und überreichte jedem Einzelnen mit einem schönen Veilchenbouquet ein reichliches Geldgeschenk. Sodann besichtigte die Frau Prinzessin das Innere unseres Domes. Um 5 Uhr fand Diner bei Sr. Exc. dem Ober-Präsidenten v. Witzleben stat, zu welchem die Chefs der Behörden und die Damen des Luisen-Ordens Einladungen erhalten hatten. Die Rückreise Ihrer K. Hoh. nach Berlin erfolgte gegen 7 Uhr.

Koburg, 29. März. Zu Streits Verhaftung berichtet man ferner der „A. A. Z." Folgendes: „Die Herzogl. Staatsanwaltschaft hat gegen Herrn Streit die Einleitung einer Untersuchung wegen Unterschlagung von Mündelgeldern beantragt und das Ergebniß des ersten Verhörs scheint für den Angeklagten sehr ungünstig gewesen zu sein, da der Richter sofortige Abführung in das Untersuchungs-Gefängniß angeordnet hat. Die durch viele verfehlte literarische und journalistische Unternehmungen zerrütteten Vermögensverhältnisse Streits hatten schon seit längerer Zeit ein schlimmes Ende befürchten lassen.

Dresden, 27. März. Ueber die Stimmung schreibt ein Dresdener Korrespondent der „Pos. Ztg." was folgt: Daß die Oppositionslust gegen den norddeutschen Bund sich in Sachsen bald überlebt haben wird, ist eine Meinung, die sich mit jedem Tage mehr verbreitet. Unter dem preußischen und sächsischen Militär, wir glauben das allen gegentheiligen Angaben gegenüber mit Bestimmtheit behaupten zu können, fängt ein kameradschaftliches Vernehmen mehr und mehr Platz zu greifen an. Zu dem Diner, welches das preußische Offizier-Korps zur Feier von Königs Geburtstag im Meinholdschen Saale gab, waren viele sächsische Offiziere geladen und erschienen. Der Respekt, mit welchem das Ausland jetzt beginnt, auf die historischen Erfolge und die Stellung des preußischen Heeres zu blicken, verfehlt nicht, auch das Ehrgefühl in den andern deutschen Kontingenten zu wecken. Der Geburtstag König Wilhelms wurde hier, außer dem schon erwähnten Offizier-Diner, auch noch durch ein Mittagsessen und einen sich daran schließenden Ball der Mannschaften auf dem Linke'schen Bade gefeiert. Das weibliche Geschlecht war zahlreich vertreten und jedenfalls hat es nicht an Tänzerinnen gefehlt. Viele Offiziere nahmen auch an dieser Festlichkeit Theil, die in der heitersten Weise und durch keinen Mißton gestört verlief.

Karlsruhe, 30. März. Die „Karlsr. Ztg.", indem sie die von der französischen „Presse" gebrachte Mittheilung, daß auf der Brücke von Kehl neben der badischen Fahne jetzt auch eine preußische aufgesteckt sei, einer Wiederlegung würdigt, bemerkt im Anschluß daran: „Damit könnte man die Schwätzerei von der Kehler Fahne für abgethan halten, wenn sie nicht leider ein Glied in einer langen Kette von Verleumdungen Badens bildete, die seit Jahr und Tag in Paris und von Paris aus, in der sehr bestimmten Absicht, Baden und seine Regierung herabzusetzen und Haß zwischen Deutschland und Frankreich zu säen, verbreitet werden. Es ist hier nicht unbekannt, daß die unaufhörlichen Denunziationen wider Baden von Personen und Kreisen herrühren, deren Aufgabe es in Paris am wenigstens ist, die französische Eifersucht aufzustacheln und ein Nachbarland anzufeinden. Wir verstehen leicht, wie ein Baden, welches sich der nationalen Sache bereitwillig und ohne Rückhalt hingiebt, bei partikularistischen Verblendung mancher Parteien unbequem sein mag; aber das darf man wohl von allen Parteien, wenn sie sich nicht den gerechten Vorwurf einer antinationalen Gesinnung aufladen wollen, verlangen, daß sie ihre besonderen Sympathien und Antipathien schweigen lassen, sobald es sich um die Bewahrung der nationalen Ehre und Größe handelt."

Ausland.

Wien, 30. März. Frhr. v. Beust wird, dem Vernehmen nach, Sonntags Nacht nach Pesth abreisen und einige Tage daselbst verweilen; Gegenstand der Berathung dürfte die dringlichst hervortretende Organisation des Reichsministeriums sein, da doch ein Mittelpunkt für das Gesammtreich gefunden und hergestellt werden muß, welcher die Rolle und Geltung der früher bestandenen Staats-Konferenz zu übernehmen im Stande wäre. Es wird allerdings außerordentlich schwer sein, jetzt schon Bestimmungen darüber zu treffen, welche detaillirter Natur wären, ehe noch der Umfang und die Schranken der Wirksamkeit des cisleythanischen Reichsrathes sich klar übersehen lassen. Wahrscheinlich wird man sich mit einem Provisorium für jetzt begnügen, die Ausbildung der Zukunft überlassen müssen. Gleich nach der Rückkehr nach Wien wird Frhr. v. Beust sich nach Prag zur Eröffnung des Landtages begeben. Wie man glaubt, wird der Premier den Versuch machen in Prag eine spezifische Regierungspartei zu bilden, so daß ein Keim derselben sich in den künftigen Reichsrath übertragen ließe.

— Der Wiener Korrespondent der „Karlsr. Z." meldet derselben Folgendes: Der in außerordentlicher Mission vom hiesigen Kabinet nach Belgrad entsendete Graf Zichy hat dem Fürsten Milosch in sehr entschiedener Weise zu erklären gehabt, daß Serbien, falls es die Hand nach Bosnien und der Herzogewina ausstrecken sollte, Oesterreich auf seinem Wege finden werde. Inzwischen hat der Fürst die Reise nach Konstantinopel angetreten.

Paris, 30. März. Vorgestern endlich ist die Regierung mit ihrem Gesetze über Aufhebung der Schuldhaft durchgedrungen. Die ganze Linke — die Herren Berryer und Thiers natürlich ausgenommen — stimmte für die Vorlage, während sich die 92 Gegner derselben lediglich aus den Reihen der Majorität rekrutirten. Walewski hat während dieser Debatte nur ein einziges Mal präsidirt. Der Streit zwischen ihm und Rouher war heftiger denn je entbrannt. Der Staatsminister namentlich warf dem Präsidenten vor, in der Thiers'schen Interpellations-Debatte, im Einverständnisse mit d.n alten Orleanisten, den Eindruck der Rede des ersteren dadurch abgeschwächt zu haben, daß er dem nationalen Geschichtsschreiber nicht rechtzeitig das Wort entzog. Thatsache ist, daß Walewski gestern Abend seine Entlassung eingereicht hat. Noch ist sie nicht definitiv angenommen, doch der Vice-Präsident Schneider giebt sich alle Mühe, vor den Augen des Kaisers, Rouher's und des Publikums Gnade zu finden; wegen letzterer bewarb er sich schon gestern sehr eifrig um den Schutz Girardin's. So sehr auch hier der Einfluß Rouher's seine Macht gezeigt, so ereignen sich doch andererseits Dinge, die nur zu deutlich beweisen, daß das Ansehen des Staatsministers und selbst das des Kaisers lange nicht mehr hinreichen, um selbst bisher ergebene Kreaturen ihrer eigenen Schöpfung nach Belieben zu lenken.

— Der Kaiser hat im gestrigen Ministerrathe beschlossen, die Demission des Grafen Walewski als Präsidenten des gesetzgebenden Körpers anzunehmen. Als Nachfolger nennt man außer Le Roux auch Jerome David, der zu der sogenannten Gruppe Darimon gehört. (Darimon, Schüler Proudhon's und eifriger Republikaner, ist bekanntlich mit seinem Freunde Ollivier zur Regierung übergegangen.)

Pommern.

Stettin, 2. April. Nach dem heute Vormittag amtlich verkündeten Wahlresultat vom 29. v. Mts. hat Herr Konsul Müller 2006, Herr Prince-Smith 1271 und Herr Graf v. Itzenplitz 775 Stimmen erhalten. Mit Hinzurechnung der Stimmen, welche sich zersplittert, war die erforderliche absolute Majorität 2032, die also, wie schon gemeldet, für keinen der Kandidaten erreicht und weshalb noch eine engere Wahl nothwendig ist.

— Herr A. Siebner, welcher von der Stadt eine Parzelle in Petrihof nach dem vom Magistrat aufgestellten Bebauungsplan gekauft hat und dem von der Königl. Kommandantur-Behörde die Bebauung untersagt ist, wandte sich an dieselbe mit der Bitte um Herausgabe von Abschriften der desfallsigen Verhandlungen mit dem Magistrat, um eine gerichtliche Klage gegen den letztern anzustrengen. Die Königl. Kommandantur hat darauf unterm 28. März Folgendes erwidert. „Unterm 19. Dezember 1864 legte der Magistrat hier ein Projekt, betreffend die planmäßige Bebauung des Vorterrains vor Fort Wilhelm, namentlich des Petrihofer Fundus vor, um zu demselben die fortifikatorische Genehmigung einzuholen. Dies Projekt ist unterm 20. Januar 1865 von dem Königl. Allgemeinen Kriegsdepartement als den Bestimmungen des Rayongesetzes zuwider abgewiesen. Nichtsdestoweniger v.röffentlichte die Oekonomie-Deputation des Magistrats in Nr. 73 der Pommerschen Zeitung" vom 12. Februar 1865 eine Bekanntmachung bez. des Verkaufs von Baustellen auf dem Petrihofer Fundo nach dem nicht genehmigten Bebauungsplan. Da dies Verfahren nicht allein mit der Entscheidung des Königl. Allgemeinen Kriegs-Departements im Widerspruche stand, sondern auch gegen die §§. 11, 12 und 13 des Rayon-Regulativs verstieß, mithin das Publikum zu Uebertretungen des Rayongesetzes verleitet werden konnte, so führte die Kommandantur über den Magistrat bei der Königlichen Regierung unterm 9. März 1865 Beschwerde, welche nach einem unterm 23. März 1865 erlassenen Reskripte das Verfahren des Magistrats gemißbilligt hat, weil dasselbe im hohen Grage geeignet war, eine Täuschung der Kauflustigen herbeizuführen, denn es vidizirte nothwendigerweise zu der Annahme, daß es sich um einen von den kompetenten Behörden genehmigten, die Baufreiheit garantirenden Bebauungsplan handele. Abschrift der gepflogenen Verhandlungen und Korrespondenzen kann die Kommandantur nicht mittheilen, dieselbe würde nur die Akten dem Gericht vorlegen können, falls im Prozeß auf Edirung derselben gedrungen wird."

— Ein nicht näher ermittelter Schwindler verkaufte gestern unter dem Vorgeben, daß er abreisen müsse und nothwenig Geld gebrauche, einem am Bohlwerk dienenden Mädchen eine Broche, Boutons und einen Ring unter der Versicherung, daß diese Gegenstände ächt seien, für den allerdings verlockenden Preis von nur 2 Thlr. Durch Erkundigung bei einem Goldarbeiter erfuhr die Käuferin leider zu spät, daß die gekauften Sachen von „Tomback", also fast gänzlich werthlos seien.

— Ein Buchbinder, der von einem seiner Nebensgesellen verschiedene Kleidungsstücke entliehen, dieselben verkauft und das Geld zu seinem Nutzen verwendet hatte, wurde gestern verhaftet.

— Ein Schneidergeselle stahl gestern Abend im Kiepke'schen Lokale zu Alt-Torney einem dort anwesenden Gaste einen Ueberzieher. Der Dieb wurde heute früh ermittelt, der Ueberzieher demselben abgenommen und dem Eigenthümer übergeben.

— Ein Knabe, der gestern Nachmittag beim neuen Bohlwerk in die Oder fiel und schon unter einen Kahn gerathen war, wurde nicht ohne Anstrengung von dem Füsilier Abel der 11. Kompagnie des Königs-Regiments vom Tode des Ertrinkens gerettet.

- Gestern wurde ein sechszehnjähriger Bursche, der bei der 7. Waage am Bohlwerk aus einem dort lagernden Ballen 2 Pfund Baumwolle gestohlen hatte, ergriffen und der Polizeibehörde zugeführt.

— Dem im Schützenhause dienenden Hausknecht K. sind in der Zeit vom 30. zum 31. v. Mts. aus seiner unverschlossen gewesenen Kammer verschiedene Kleidungsstücke im Werthe von circa 10 Thlr. gestohlen worden.

— Am Bäckerberge und bei Fortpreußen begannen heute Morgen etwa 80 Arbeiter mit verschiedenen Erdarbeiten an der Enceinte, die vermuthen lassen, daß man dort bedeutende Veränderungen beabsichtigt.

— Im Laufe der letzten 24 Stunden sind 16 polizeiliche Verhaftungen erfolgt. Auffälligerweise befinden sich unter den Verhafteten 12 größtentheils solcher Bettler, die erst neuerdings wegen gleichen Vergehens aufgegriffen und bestraft waren.

— Dem Vernehmen nach ist dem Hrn. Kriminal-Kommissarius Schultz auf einer Dienstreise in der Gegend von Pyritz das Unglück zugestoßen, mit dem Postwagen umzuwerfen und sich dadurch eine nicht unbedeutende innere Verletzung zuzuziehen, so daß er hierher geschafft, vielleicht auf längere Zeit das Bett zu hüten genöthigt sein wird.

Gr. Sabow bei Naugard, 1. April. Seit drei Jahren wird das Pfarrhaus in Gr. Sabow von einer Diebsbande heimgesucht. Oftmals wurden die Diebe vor Beginn des Einbruchs verscheucht, nachdem die Bewohner durch die Hunde aufmerksam gemacht waren, dreimal wurden sie durch das Geräusch beim Einbruch selbst entdeckt und verjagt, viermal ist ihnen der Einbruch gelungen, das letzte Mal, trotz der Wachsamkeit zweier Hunde außer und zweier Hunde im Hause, mittelst Durchbruches der Außenwand in der Nacht vom 27.—28. März d. J. Es wurde hauptsächlich Wäsche gestohlen; außerdem mehrere Silbersachen, ein Damen-Double-Mantel, eine Damen-Tuchjacke und andere Sachen. Der Verlust beläuft sich auf mehr als 400 Thaler. Der Prediger sieht sich völlig außer Stande, sein übriges Eigenthum zu schützen, da die größte Vorsicht und Wachsamkeit bisher vergeblich gewesen ist.

Stadt-Theater.

Der gestrige Abend brachte uns zum Benefiz des Herrn Herrmann zuerst ein einaktiges Lustspiel von A. Winterfeldt „Wenn Frauen weinen" und sodann die bekannte Flotow'sche Oper „Alessandro Stradella". Das erste Stück wurde durchweg gut gegeben. Die Rolle der Frau von Stein, der kokettirenden aber gemüthlosen Dame aus der Welt, war für Frl. Walden wie geschaffen und wenn auch die Rolle der Clotilde nicht so gut für Frl. Märtens paßte, so konnte man doch auch bei ihr mit der Auffassung und Darstellung zufrieden sein, namentlich wenn die genannte junge Dame sich etwas gerader gehalten hätte. Von den anderen Rollen verdient Herr Richardt als Kellner ein besonderes Lob. In der darauf folgenden Oper trat Herr Wilhelm Richter als Gast in der Titelrolle auf. Gleich die erste Serenade „Horch Liebchen horch, es singt der Traute" zeigte, daß der Sänger von seiner Stimme seit dem vorigen Jahre nichts verloren hatte, und lauter Beifall lohnte ihm dafür. Um so mehr war es zu beklagen, daß sein Gesang später oft so leise wurde, daß man ihn neben den anderen Sängern kaum hörte. Wir erinnern nur an das „Ihr seid willkommen", was eher wie eine geheimnißvolle Stimme aus dem Geisterreiche, als wie die Einladung eines so eben verheiratheten jungen Mannes klang. Selbst in der großen Schlußscene „Jungfrau Maria" hätte das „Forte" noch etwas kräftiger sein können. Sonst aber war das Spiel durchdacht und die zarte lyrische Stimme des Sängers entschädigte im Piano uns reichlich für den Mangel an Kraft im Forte. Frl. Koudelka als Leonore hielt dagegen mit ihrer vollen Stimme alle Forte und fortissimo brav aus, dasselbe gilt auch von den anderen 3 Mitspielern Herrn Koller (Bassi), Herrn Stiegele (Barbarino) und Herrn Hochheimer (Malvolio). Das Spiel der beiden letzten namentlich war lebhaft, nur sang Herr Hochheimer bisweilen unrein. Das letztere galt auch von dem Chore, in dessen Kehlen noch etwas von dem Seenebel, aus dem sie herauskamen, zurückgeblieben schien. Die Dekortaionen waren im Ganzen gut, nur das Zimmer im Hause des Stradella zeigte etwas zu viel von verschwundener Pracht. Das Orchester hielt sich durchweg gut, doch hätten wir im Anfang der Ouvertüre etwas strengen Takt gewünscht.

Neueste Nachrichten.

Königsberg, 1. April. Auf morgen erwartet man sicher die Wiedereröffnung der Schifffahrt, wenigstens für Dampfer. Der Pregel ist ganz frei von Eis, auf dem Haff nur Schaumeis.

Wien, 1. April. Bei der heute stattgehabten Ziehung der Kreditloose wurden folgende Serien gezogen: 1986, 2583, 896, 2828, 1467, 1073, 4083, 2211, 1274, 245, 3384, 1175, 2564, 1631, 1679, 1721, 1462. Der Haupttreffer von 200,000 fl. fiel auf Nr. 88 der Serie 3384; 40,000 fl. fielen auf Nr. 94 der Serie 1175, 20,000 fl. auf Nr. 64 der Serie 1462, 5000 fl. auf die Nr. 36 der Serie 245 und auf Nr. 94 der Serie 1631.

Triest, 1. April. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Berichte melden aus Alexandrien vom 27. März, daß die Mission Nubar-Pascha's bei der Pforte einen vollständigen Erfolg gehabt habe. Die Hauptkonzessionen, die dem Vicekönig von Egygten gemacht sind, bestehen in der Befugniß zum selbstständigen Abschluß von Handelsverträgen und in der Unabhängigkeit der Rechtspflege.

Triest, 1. April, Mittags. Der fällige Lloyddampfer „Apollo" ist heute Vormittag mit der Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Haag, 1. April. Der „Staatscourant" bringt im nichtamtlichen Theile folgendes Communiqué:

Wir werden Namens der luxemburgischen Kanzlei ersucht, die Nachricht, es habe eine Abtretung des Großherzogthums stattgefunden, auf das Formellste zu dementiren und hervor zu heben, daß von einer derartigen Abtretung erst dann die Rede sein könne, nachdem auch die in dieser Frage interessirten Großmächte sich unter einander verständigt haben würden.

Paris, 1. April. Das Kaiserpaar erschien heute Mittag im Ausstellungspalaste.

Newyork, 31. März. Rußland hat seine amerikanischen Besitzungen an die Vereinigten Staaten für sieben Millionen Dollars verkauft.

Laut Nachrichten aus Havanah ist Veracruz im Belagerungs-Zustande. Bazaine landete hier am 23. März. City Paris ist hier angekommen.

Viehmärkte.

Berlin. Am 1. April c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Hornvieh 1839 Stück. Der Handel war bei gedrückten Preisen sehr flau, Export-Geschäfte fanden fast gar nicht statt, beste Qualität konnte nur 16 Rt., Mittel- 12—14 Rt., ordinaire 8—10 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht erzielen.

An Schweinen 3068 Stück. Das Geschäft war sehr schleppend und konnten die Bestände selbst zu gedrückten Preisen nicht aufgeräumt werden.

An Schafvieh 4652 Stück, wofür sich die Durchschnittspreise gedrückter als in der Vorwoche gestalteten.

An Kälbern 739 Stück, welche bei ziemlich lebhaftem Verkehr zu mittelmäßigen Preisen aufgeräumt wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 1. April, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Como, Simpson von Sunderland; Winkea, Schansker; Concordia, Buse; Frisia, Roben; Diedrich, Horstmann von Bremen; Sarah, Jones von portmadoc; Faaborg, Mogensen; Alpha, Friis; Neptun, Rickert von Newcastle; Charter, Reid von Findhorn; Expreß, Köföd von Rönne. Wind: NW. 1 Schiff in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 2. April. Witterung: regnigt. Temp ratur + 6° R. Wind: West.

An der Börse.

Weizen etwas niedriger, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 82—87 Rt. bez., geringer 72—81 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $84\frac{1}{2}$, 84 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 84 Rt. bez., Juni-Juli $83\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juli-August 83 Rt. bez. u. Gd., Septbr-Oktober 79 Rt. bez.

Roggen fest und etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 53—55 Rt. bez., Frühjahr $54\frac{1}{4}$, 54 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $54\frac{1}{4}$, 54 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli $54\frac{3}{8}$ Rt. bez.

Gerste loco pr. 70pfd. 45—$45\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. $29\frac{1}{2}$—$30\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl behauptet, loco 11 Rt. bez. u. Br., April-Mai $10\frac{11}{12}$ Rt. Gd., 11 Br., Mai 11 Gd., September-Oktober $11\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $16\frac{5}{6}$ Rt. bez., Frühjahr $16\frac{5}{6}$ Rt. Br., $\frac{3}{4}$ Gd., Mai-Juni $16\frac{11}{12}$ Rt. Br., Juni-Juli $17\frac{1}{6}$ Br.

Angemeldet: 50 Wspl. Gerste, 500 Ctr. Rüböl, 10,000 Quart Spiritus.

Hamburg, 1. April. Getreidemarkt. Weizen loco matt, auf Termine behauptet. Pr. April 5400 Pfd. netto 147 Bankothaler Br., 145 Gd., pr. Frühjahr 145 Br., 144 Gd. Roggen loco beachtet, auf Termine behauptet. Pr. April 5000 Pfd. Brutto 95 Br., $92\frac{1}{2}$ Gd., pr. Frühjahr 91 Br., 90 Gd. Hafer stille. Oel fest, loco $24\frac{3}{4}$, pr. Mai $24\frac{3}{4}$, pr. Oktober $25\frac{5}{8}$. Spiritus leblos. Kaffee und Zink ohne Umsatz. — Trübes Wetter.

London, 1. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Von englischem Weizen, der kaum Montagspreise erlangte, geringe Zufuhren. Fremder Weizen und Gerste 1 Sch. billiger. Hafer zu Montagspreisen mehr gefragt. — Schönes Wetter.